

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 31.3.2012 in Neu-Ulm

Das Protokoll beginnt nach der Mittagspause. Die vorherigen Vorgänge sind durch die Folien dokumentiert.

Moderation: Prof. Westphal

Kassenprüfung

Die Kasse wurde bereits von Herrn Dr. Schmitz aus Lanenburg im Vorfeld geprüft. Dr. Ernst hat alle Unterlagen sowie einen schriftlichen Bericht von Herrn Dr. Schmitz.

Prof. Westphal erfragte, ob alle damit einverstanden sind, dass der von Dr. Ernst gebetene Kassenprüfer die Kassenprüfung macht?

Die überwiegende Mehrheit war dafür.

Vorstellung der Anträge von Herrn Dr. Hug und Herrn Dr. Seichter

Herr Dr. Seichter stellte seine Anträge aus der letzten Vollversammlung in Donaueschingen nochmals vor.

Dr. Westphal: Wer ist dafür, dass die Anträge von Herrn Seichter aus Donaueschingen angenommen werden?

Ja-Stimmen: 30

Dagegen: 6

Enthaltungen: 8

Der Ausschuss soll berichten, ohne jemandem zu schaden, inklusive eines Berichtes über die Gründe, weshalb die Inhalte der Prüfung nicht veröffentlicht werden können.

Der Ausschuss besteht aus dem Team

- Herr Dr. Rauh
- Herr Dr. Seichter
- Herr Dr. Bühler
-

Ist die Versammlung mit diesen drei Personen einverstanden?

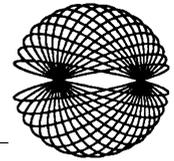
Ja-Stimmen: 56

Enthaltungen: 4

Dagegen: 0

Antrag von Herrn Dr. Hug zur Refinanzierung der Kosten der AOK-Verhandlungen:

Herr Dr. Hug stellte seinen Antrag nochmals vor. Er las den Antrag vor, der im Vorfeld der MGV den anwesenden Mitgliedern zugesandt wurde.



Bericht des Kassenwartes:

Prof. Westphal: Wer ist dafür, dass wir erst den Bericht des Kassenwartes machen?

Enthaltung: 1

Dafür: 59

Dagegen: 0

Herr Dr. Ernst stellt den Bericht des Kassenwartes anhand von Folien vor.

Herr Lexow bat, die Kosten aus dem PNP-Vertrag seit März 2010 genauer aufzustellen und von den laufenden Kosten des Vertrages abzutrennen.

Herr Prof. Westphal stellte dar, dass die Aufwandsaufstellungen sehr detailliert aufgestellt werden. Die bedeutet jedoch, dass die MGV den Kassenwart zum Tag der Versammlung nicht entlasten kann.

Dr. Bentele fragte, wie viel Prozent der Gelder ins Land fließen und wie viel der Bundesverband bekommt. Dr. Westphal erklärte, dass etwa die Hälfte der Gelder ins „Ländle“ fließt.

Aus dem Publikum wurde gefragt, ob denn auch Einnahmen für die Overhead-Kosten aus dem Vertrag eingehen würden. Frau Imdahl erklärte, dass das Team auf einen Kooperationsvertrag aktiv verzichtet habe, da der BVDN sonst auch die Marketingkosten übernehmen hätte müssen. Das würde unterm Strich nichts bringen.

Herr Dr. Lexow sprach sich dagegen aus, dass der Verband das wirtschaftliche Risiko trägt. Er schlug vor, dass in Zukunft eine Organisation außerhalb des Verbandes gegründet wird, die das wirtschaftliche Risiko dann außerhalb des Vertrages übernimmt.

Herr Dr. Bühler führte an, dass aus seiner Sicht der Kassenwart immer für das letzte Jahr entlastet wird zum 31.12.2011. Es würde schwer werden, den jetzt dargestellten Stand zu entlasten.

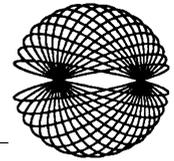
Prof. Westphal führte an, dass viele Wechsel bei den zuständigen Personen vorkamen. Der Rücktritt von Herrn Hellwig machte die Situation so komplex, dass die Verantwortung provisorisch von Herrn von Zitzewitz übernommen wurde, der diese dann an Dr. Ernst weitergab.

Herr Dr. Seichter stellte dar, dass die Abrechnungen ja vorliegen und geprüft sind. Offensichtlich gibt es da keine rechnerischen und inhaltlichen Abweichungen, so dass zum Ende des Jahres 11 eine Entlastung auszusprechen sei. Er würde vorschlagen, dass die Mitglieder die zuständigen Personen bis zum 31.12.2011 entlasten.

Eine Kollegin meinte, dass sie es vernünftig fände, wenn die Mitglieder die Kosten für die Verhandlungen mitfinanzieren, schließlich hat der Verband im letzten Jahr einen Beschluss gefasst. Der Kassenwart sei daher zu entlasten.

Herr Dr. Lexow möchte die Zahlen für 2011 kennen, bevor entlastet wird. Eine Kollegin bestätigte dies.

Der anwesende Rechtsanwalt führte aus, dass maximal über ein Jahr entlastet werden könne.



Dr. Westphal stellte dar, dass wenn der Kassenwart nicht entlastet wird, auch der Vorstand nicht entlastet werden kann.

Aktuell haben die Vorstände noch Forderungen an den Verband. Die rechtliche Stellung Vorstände nach Wechsel des Vorstandes wird sich ändern.

Der Anwalt führte aus, dass der Vorstand nicht entlastet werden kann, wenn der Kassenwart nicht entlastet wird.

Herr Dr. Westphal fragte, wer dafür ist, dass jetzt über eine Einmalzahlung entschieden wird.

Dafür: Die Mehrheit

Dr. Bentele stellte dar, dass er Bauchschmerzen hat. In Stuttgart wurde der Vorstand damit beauftragt, den PNP-Vertrag zu verhandeln. Damit war auch klar, dass die Kosten von den Mitgliedern zu tragen sind. Es ist kein gutes Signal, erst im Nachhinein zu entscheiden, wie etwas finanziert wird.

Herr Dr. Zeller führt aus, dass jedes Mitglied 150 Euro bezahlen müsste, um die Außenstände gegenüber dem Vorstand bis heute glatt zu stellen.

Ein weiteres Mitglied schlug vor, dass die Mitglieder gleich 300 Euro einzahlen, dann bleibt ein wenig Luft für Zukünftiges.

Dr. Lexow stellt dar, dass heute keine Umlage beschlossen werden könne, die den abwesenden Mitgliedern nicht im Vorfeld bekannt war.

Einem Kollegen war es wichtig, dass die Sonderumlagen wirklich in Baden Württemberg landen, und nicht zur Hälfte beim Bundesverband. Prof. Westphal erklärte, dass dies möglich ist.

Herr Dr. Seichter schlug vor, dass die offenen 100 000 auf die Mitglieder umgelegt werden.

Der Anwalt hat grundsätzliche Bedenken, zum Tag der Versammlung einen genauen Betrag festzulegen, da der genaue Betrag nicht in der Einladung stand.

Dr. Westphal fragte: Wer ist dafür, dass zuerst über den Antrag von Dr. Hug abgestimmt wird, und in einer zweiten Abstimmung über einen genauen Betrag?

Dafür: Die Mehrheit

Enthaltungen: 3

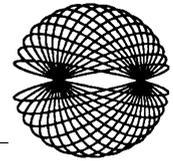
Dagegen: 0

Antrag von Dr. Westphal: Es werden die Verhandlungskosten bis heute durch einen einmaligen Sonderbeitrag aller Mitglieder des Verbandes finanziert.

Dafür: 60

Enthaltungen: 0

Dagegen: 2



Dr. Bühler stellte den Antrag auf Schluss der Debatte.

Dafür: 60

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Antrag von Herrn Seichter zur Satzungsänderung zur Verschwiegenheit:

Herr Seichter berichtete über seinen Antrag, wie er fristgemäß vor der Sitzung versandt wurde.

Prof. Westphal stellte die Stellungnahme von Frau Töfflinger dar, die mit der Einladung ebenfalls versandt wurde.

Frau Imdahl ergänzte, dass die vorgeschlagene Satzung eigentlich auch geltendes Recht sei. In der Stellungnahme von Frau Töfflinger steht, dass der Vorstand informieren muss. Sie schlägt vor, dass die Stellungnahme einfach an die Satzung angeheftet wird. Dann muss der Verband nicht mehr zum Notar.

Prof. Westphal stellte dar, dass es ganz schwierig ist, Politik zu machen, wenn der Vorstand keine Verschwiegenheitspflicht eingehen darf. Eine Klausel in der Satzung würde den Vorstand schützen, wenn jemand Verschwiegenheit fordert. Verhandlungen sind dann halt nur unter den Bedingungen von Transparenz möglich.

Dr. Bühler unterstützte den Antrag von Herrn Seichter.

Dr. Ernst führte aus, dass die Vorstandsarbeit ganz schwer ist. Zur Vorstandsarbeit gehört es dazu, Spielregeln einzuhalten. Die Frage sei, wer die Vorstandsarbeit unter diesen Bedingungen so weiteführen möchte.

Der Anwalt sah den Antrag als Ergänzung der Satzung.

Dr. Imdahl stellte dar, dass sich die Verschwiegenheitsklausel nur auf die Inhalte der Verhandlungen beziehen würde, nicht auf den Vertrag.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Seichter:

Dafür: 22

Dagegen: 8

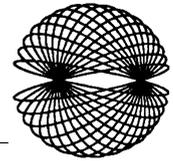
Enthaltungen: 3

Dr. Hug stellte den Antrag, dass noch 5 Minuten über die Öffentlichkeitsarbeit gesprochen wird.

Dafür: die Mehrheit

Dagegen: 2

Dr. Hug führte aus, dass viel Unmut daher kommt, dass die Kommunikation von anderen Menschen wie z.B. der Bundesebene getragen wurde. Aufgrund mangelnder Ressourcen kann der Vorstand die Kommunikation der Inhalte nicht aktiv steuern. Jeder Vorstand arbeitet und hat eine Familie. In die Vorstandsarbeit gehen viele Abendstunden herein. Ein ärztlich besetzter Vorstand hat nicht die Marketing-Kompetenz, um komplexe Inhalte zu transportieren. Dies müsste dann an einen Profi weitergegeben werden.



Eine Kollegin schlug vor, über die Aufgaben des Verbandes und die Öffentlichkeitsarbeit beim nächsten Mal noch einmal nachzudenken.

Rechenschaftsbericht von Frau Imdahl

In der Länderdelegiertenversammlung wurde eine Umsatzsteuerpflicht für ehrenamtliche Tätigkeit eingeführt. Auf Bundesebene fallen 50 000 Euro Zusatzkosten an. In der Länderdelegiertenversammlung wurde beschlossen, dass in den MGVen der Länder darüber beschlossen werden soll, ob der Beitrag um 100 Euro erhöht werden soll. Ansonsten werden die anteiligen Gelder von den Summen für Baden-Württemberg abgezogen.

Frau Imdahl stellt Ihren Rechenschaftsbericht anhand von Folien vor.

Rechenschaftsbericht von Prof. Westphal

Prof. Westphal stellte seinen Rechenschaftsbericht anhand von Folien vor.

Rechenschaftsbericht von Dr. Hug

Dr. Hug stellte seinen Rechenschaftsbericht anhand von Folien vor.

Neuwahlen des Vorstandes

Prof. Westphal und Frau Dr. Imdahl traten von der Vorstandssitzung zurück. Auch Dr. Herbst und Frau Müller-Wulf stehen dem Vorstand nicht mehr zur Verfügung.

Dr. Hug würde als Beisitzer nochmal zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Ernst würde als Kassenwart wieder zur Verfügung stehen.

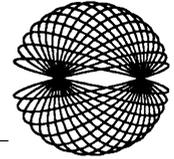
Herr Dr. Freund bot an, in einer untergeordneten Position im Vorstand mitzuarbeiten. Er stehe jedoch nicht für die Position des Vorstandsvorsitzenden zur Verfügung.

Der Anwalt führte aus, dass der Verein ohne Vorstandsvorsitz handlungsunfähig ist. Das Gericht müsste dann einen Notvorstand einsetzen, der Erklärungen z.B. gegenüber dem Finanzamt durchführt. Es wäre ausreichend, wenn wenigstens ein Vorstand gewählt wird. Dieser müsste dann wieder eine außerordentliche MGV einberufen, damit die weiteren Posten ausgefüllt werden.

Herr Dr. Hug führte aus, dass aufgrund der aktuellen Kommunikationsart er nicht für den Vorstand zur Verfügung steht.

Ein Kollege führte aus, dass eine Selbstfindungsphase evtl. auch ohne Vorstand nicht schlecht wäre.

Frau Imdahl stellte dar, dass neben den inhaltlichen Fragen auch überlegt werden muss, wie sich der Verband strukturell aufstellt. Und solange die Mitglieder dem Vorstand die Gefolgschaft nicht erbringen, wird die Vorstandsarbeit unmöglich. Vor allem solange die Kommunikation im Verband unter die Gürtellinie geht. Das Demokratieverständnis im Verband ist schlecht. Mehrheitsverhältnisse werden ignoriert, Beschlüsse werden nicht umgesetzt.



Prof. Westphal stellte dar, dass jetzt der Vorstand nicht mehr existiert. Dabei hat der Verband auch Verpflichtungen wie z.B. die Erfüllung des 73c-Vertrages.

Dr. Bühler fragte nach, ob es möglich wäre, noch 2 Monate daran zu arbeiten, einen Folgevorstand zu finden. In einer MGV vor den Sommerferien könnte dann ein arbeitsfähiger Vorstand gewählt werden.

Der Anwalt stellte dar, dass es möglich ist, dass der aktuelle Vorstand die Geschäfte noch 2 Monate weiterführt.

Frau Imdahl würde als Ansprechpartnerin für den PNP-Vertrag zur Verfügung stehen.

Der Anwalt führte aus, dass der bestehende Vorstand die Geschäfte vorübergehend weiterführt.

Dr. Hug bat, mit den Leuten, die die Arbeit im Vorstand machen, pfleglich umzugehen. Er schlug vor, dass der aktuelle Vorstand noch 6 Wochen im Amt bleibt und die Geschäfte weiterführt.

Dr. Hug schlug vor, dass am 23. Juni in Stuttgart eine neue MGV stattfindet.

Über die Genossenschaftsstrukturen könnten die Schwierigkeiten kommuniziert werden.

Frau Hetzler-Rusch stellte den Antrag, dass der bisherige Vorstand bis zur nächsten MGV am 23. Juni 2012 in Stuttgart im Amt bleibt.

Ja-Stimmen: 39

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

Herr Dr. Bentele kümmert sich um einen Raum und informiert den Vorstand und Frau Schuster.

In der MGV im Juni sollte der Vorstand vollständig entlastet werden.

Uhrzeit: Start um 10 Uhr.

Wahl des Kassenprüfers:

Wolfgang Freund wird Kassenprüfer

Dafür: Die Mehrzahl

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Herr Prof. Westphal schloss die Sitzung um 17.20 Uhr

.....

B. Imdahl

- Vorsitzende und Schriftführerin-